

**Rede  
der Sprecherin für Ernährung, Landwirtschaft,  
Verbraucherschutz und Landesentwicklung**

**Karin Logemann, MdL**

zu TOP Nr. 38

Abschließende Beratung

**a) Landwirtschaftliche Betriebe erhalten - (Teil-)  
Umstiege aus der Schweinehaltung auf andere  
landwirtschaftliche Alternativen fördern**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/8546

**b) Zeitnahe Umsetzung von Maßnahmen zur  
Tierwohlverbesserung durch Anpassungen des Bau-  
und Umweltrechts ermöglichen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs.  
18/11025

während der Plenarsitzung vom 22.09.2022  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Frau Staudte, die Hände in den Schoß gelegt hat hier wirklich keiner, und das wissen Sie auch ganz genau. Das war eine rhetorische Aussage. Das finde ich unangemessen, und das möchte ich ausdrücklich zurückweisen.

Es kann nicht falsch sein, wenn wir bei Themen eigentlich in der gleichen Richtung unterwegs sind. Das sind wir auch bei den vorliegenden Anträgen. Allerdings setzen die regierungstragenden Fraktionen einen anderen Fokus, als Sie es von Bündnis 90/Die Grünen tun.

Sie skizzieren den schwierigen Schweinemarkt, der sich durch den Ausbruch der ASP dramatisch zugespitzt hat. Sie skizzieren die gesellschaftlichen Anforderungen an Tierwohl. Das ist alles vollkommen richtig. Sie fordern finanzielle Hilfen für umstiegswillige Ferkel- und Schweinehaltungsbetriebe. Das ist allerdings deutlich zu kurz gesprungen. Wir wissen, dass unsere Gesellschaft sich neben einer verlässlichen Versorgung mit qualitativ hochwertigen und bezahlbaren Nahrungsmitteln vor allen Dingen mehr Tierschutz, mehr Biodiversität sowie mehr Klima- und Gewässerschutz wünscht. Die Landwirtinnen und Landwirte sehen sich dagegen einem hohen wirtschaftlichen Druck ausgesetzt und beklagen einen Mangel an Wertschätzung.

Einig sind wir uns in den Punkten, dass wir Landwirtinnen und Landwirte dabei unterstützen wollen, den erfolgreichen Umstieg zu mehr Tierwohl, zu mehr Biodiversität, zu mehr Klima- und Gewässerschutz - erfolgreich! - zu schaffen; denn sie sind unsere wichtigsten Partnerinnen und Partner zu eben diesen Aufgabenstellungen.

Mit dem Niedersächsischen Weg haben wir einen gemeinsamen Prozess begonnen, und wir werden ihn gemeinsam weitergehen. In Ihrem Antrag fordern Sie vor allem Hilfe für Schweinehalterinnen und -halter, die einen Teilausstieg oder -umstieg in Betracht ziehen. Der Ausbruch der ASP und die daraus resultierende Krise in der Schweinebranche sind dramatisch. Vollkommen unbestritten! Allerdings ist niemandem damit geholfen, aktuellen Krisen hinterherzulaufen.

Wir gehen da deutlich weiter und betrachten das gesamte Bild und vor allen Dingen die aufgeworfenen Zielkonflikte. Ein Zielkonflikt - und das wissen wir alle -, der immer wieder benannt wird, ist das Baurecht. Wir fordern deshalb die Landesregierung auf, sich beim Bund dafür einzusetzen, dass analog zum ökologischen Landbau auf eine signifikante Vereinfachung der Genehmigung von baulichen Änderungen an Tierhaltungsanlagen hingewirkt wird. Bürokratische Hürden beim Umbau von Tierhaltungsanlagen, welche im Sinne des Tierwohls erfolgen, müssen schnellstmöglich aufgelöst werden. Außerdem müssen

Hilfestellungen für Kommunen erarbeitet werden, in denen die häufigsten Fragestellungen - wir wissen das ganz genau! - zu Bau und Genehmigung von Ställen erläutert werden.

Die Beratung im Bereich des Stallum- und -neubaus muss verstärkt werden. Was für Schweinehalterinnen und -halter dringend geboten und nötig ist, bezieht sich selbstredend auf *alle* Nutztierarten. Wir wollen eine zeitnahe Umsetzung von Maßnahmen zur Tierwohlverbesserung durch eine Anpassung des Bau- und Umweltrechts möglich machen. Ich glaube, das wollen Sie auch. Springen Sie über Ihren Schatten und stimmen Sie unserem Antrag zu.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.